

Eidg. Abstimmung vom 26. September 2004

Darüber wird abgestimmt:

- Änderung vom 3. Oktober 2003 des Erwerbsersatzgesetzes (für Dienstleistende und bei Mutterschaft)
- Bundesbeschluss vom 3. Oktober 2003 über die ordentliche Einbürgerung sowie über die erleichterte Einbürgerung junger AusländerInnen der zweiten Generation
- Bundesbeschluss vom 3. Oktober 2003 über den Bürgerrechtserwerb von AusländerInnen der dritten Generation
- Volksinitiative vom 26. April 2002 "Postdienste für alle"

Die SP Schweiz empfiehlt zu allen vier Vorlagen ein JA: Stimmen Sie familienfreundlich – Sagen Sie JA zum Mutterschaftsurlaub!

Mit der Abstimmung vom 26. September zum Mutterschaftsurlaub haben wir die Chance JA zu sagen. JA zur Familie. JA zu Kindern. JA zur Zukunft. Und JA zu einem ausgewogenen Kompromiss. Nutzen wir die Chance.

Ein JA zum Erwerbsersatz bei Mutterschaft, ist...

...ein JA zur Familie. Viele Familien sind auf das Einkommen von Frau und Mann angewiesen. Im Falle einer Geburt haben heute aber viele Frauen nur Anrecht auf drei Wochen Lohnersatz. Obwohl bis acht Wochen nach der Geburt ein Arbeitsverbot gilt. Der Erwerbsersatz bei Mutterschaft unterstützt Familien.

...ein JA zu Kindern. Alle Kinder sollen einen guten Start haben. Dazu gehört, dass sich die Mutter in den ersten Wochen nach der Geburt dem Kind zuwenden kann. Heute sind aber viele Mütter aus finanziellen Gründen gezwungen, so schnell wie möglich wieder mit der Arbeit zu beginnen.

...ein JA zur Zukunft. Kinder sind unsere Zukunft. Dennoch verzichten immer mehr Familien auf Kinder, weil sie nicht sehen, wie sie Beruf und Familie miteinander vereinbaren können. Der Erwerbsersatz bei Mutterschaft ist ein Beitrag zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

...ein JA zu einem ausgewogenen Kompromiss. Die Vorlage nützt allen: Familien, Frauen, Kindern, Soldaten (der Erwerbsersatz im Militär wird auch erhöht), Zivildienst- und Zivilschutzleistenden und KMU. Diese profitieren, da sie keine Mutterschaftsurlaube mehr selber finanzieren müssen.

Einheimische einbürgern!

In den Vorlagen, über die wir am 26. September abstimmen, geht es um junge, hier geborene Menschen, die unseren Dialekt sprechen, unsere Kultur pflegen und in unseren Vereinen mitmachen. Integrieren wir sie, in dem wir ihre Einbürgerung vereinfachen!

Warum die Initiative „Postdienste für alle“ der gesamten Bevölkerung dient:

Die Initiative ist in vier Teile gegliedert und strebt Folgendes an:

- eine garantierte Grundversorgung mit Postdiensten, entsprechend den Bedürfnissen von Bevölkerung und Wirtschaft
- ein flächendeckendes Poststellennetz von Pedrinete (TI) bis Barga (SH) und von Chancy (GE) bis Müstair (GR)
- ein Mitbestimmungsrecht der Gemeinden, das auf Gesetzesoder Verordnungsstufe bei Entscheidungen zum Poststellennetz zu regeln ist
- finanzielle Abgeltungen durch den Bund, falls die Grundversorgung nicht durch Einnahmen und Gebühren getragen werden kann (Rückversicherung)

Verhindern wir, dass der Service Public noch mehr abgebaut wird. Wir können auch am falschen Ort sparen!

4 x JA am 26. September 2005 – für eine fortschrittliche und solidarische Schweiz!

Impressum

Der Rubikrat ist das Mitteilungsblatt der SP Rubigen. Er erscheint in lockerer Folge und kann nicht abonniert werden.

Der **SP beitreten** kann man hingegen jederzeit. Die **Kontaktadresse** unserer Präsidentin lautet: Veronika Wyss, Stöcklimattweg 29, 3113 Rubigen, Telefon 031 721 39 42, E-Mail: verowy@bluewin.ch.

Die SP-Rubigen ist neu auch im Internet zu finden: www.sp-rubigen.ch.

Für die aktuelle Ausgabe verantwortlich: Karin Freiburghaus Rohrer.

